

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementspreis für den Monat (mit Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Büchelstraße 2 / Fernsprechkameralnummer 17239 / Postfachkonto Dresden Nr. 15533, Emil Schlegel, Büchelstraße 2 / Dresden-2, / Fernsprechkameralnummer 17239 / Geschäftsstelle: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Geschäftsleitung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabends)

2. Jahrgang Dresden, Montag den 15. März 1926 Nummer 62

Stützt die letzten 2 Tage!

Mobilisiert alle Kräfte zur Entscheidung!

Der nächste Tag war ein Aufmarsch gegen die Herren Konterrevolutionäre. Genauer Ergebnisse von Dresden liegen uns noch nicht vor. Jedoch dürften 120.000 gültigen Unterschriften sein. An allen Wahllokalen herrschte ein harter Andrang. In einzelnen Wahlen wickelten sich über 1000 Leute ein. Die kommunistische Partei und der Frontkämpferbund, sowie auch das Reichsbanner haben den ganzen Tag mit Verlautbarungen durch die Stadt. Anmarchen gegen die Herren der Konterrevolution, wickelte die Masse die Stimmigen auf. An den Straßen und Plätzen sprachen ununterbrochen und gegen Abend die Redner der Kommunisten vor wachsenden Menschenmassen. Vormittags führten die KPD-Banner auf die umliegenden Orte, auch hier die Massen anwirkend und die Zeichen zur Einzeichnung rufend.

In der Arbeit arbeiteten Frontkämpfer und Partei ebenfalls den ganzen Tag. Die intensive Tätigkeit, die schon eine ganze Woche andauerte, hat gute Erfolge gezeitigt. Von 23.023 Wahlberechtigten haben sich bis gestern Abend 12.357 eingetragen. Es gibt es, die letzten Tage noch zu einem gewaltigen Erfolg zu verhelfen. Alle Mann nochmals an die Arbeit! Alle Mann heraus! Die Schlacht wird gewonnen, aber nur durch geschicklich gewonnen werden.

Heraus! Die Kommunisten müssen auf den Damm, sie sind die Entscheidung. Noch heute geht von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung. Wer heute nicht eintrug, wer noch nicht abgeholt wurde, der muss heute noch abgeholt werden. Die Situation ist ernst. Die Konterrevolutionäre marschieren in beiden Richtungen auf. Das "Reinheitsgebot" fordert auf zur Beteiligung. Schlagen wir die Konterrevolution nieder. Verfechten wir den Monarchisten einen Schlag, bis sie genug haben!

Die Ergebnisse aus dem Reich

Beachtliche Beteiligung. Bisher 8 Millionen Eintragungen.
Berlin, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Eintragungen hat in Berlin 1 Million überstiegen. Bisher wurden 8 Millionen Eintragungen im Reich gemacht. Nach vorläufigem Schätzen hat die Zahl der Unterzeichner am Sonntag in Berlin das Dreifache der Eintragungen vom Freitag den 12. März erreicht. Die Teilnahme der Bevölkerung ist höher als am vorigen Sonntag. Die genaue Ziffer ist

nicht festzustellen, weil das Berliner Wahlamt es nicht für notwendig hielt, für Sonntag einen Dienst einzurichten. Die Eintragungsergebnisse zeigen jedoch, daß die erste Million in Berlin überschritten ist. Es wurden abgegeben in Berlin-Witz 16.720 Stimmen gegen 4333 Stimmen am 12. März, in Wedding gestern 21.790 Stimmen, gegen 7507, Prenzlauer Berg 21.512 Stimmen gegen 6219, Kreuzberg 22.311 Stimmen gegen 6812 usw. In Eilen wurde die Gesamtzahl von 70.000 Stimmen überschritten, das sind 10.000 Stimmen mehr, als bei der letzten Wahl für KPD und SPD zusammen abgegeben wurden. In Dornitz wurden 90.000 Stimmen erreicht. In Vohlfahrt 14.000 Stimmen, eine Zahl, die die Stimmen der KPD und SPD, bei der letzten Wahl um 7000 übersteigt. Am Sonntag wurden in München in 14 Eintragungstafeln 24.000 Stimmen abgegeben, insgesamt sind 60.000 Unterschriften abgegeben. Wegen Unerschickung mußten viele Urkunden und konnten sich nicht einzeichnen. Im Laufe des Sonntags wurde in Nürnberg eine Zahl von 70.000 Stimmen erreicht. Die Eintragungen erreichten in Breslau am Sonntag 19.051, das Gesamtresultat liegt damit auf 96.278 Stimmen. In Chemnitz wurden 92.000 Stimmen abgegeben, alle bis zu 10.000 Stimmen mehr, als KPD und SPD, bei der letzten Wahl zusammen hatten. Auch in den umliegenden Orten war die Beteiligung am Sonntag ausgezeichnet. In Stuttgart wurden am Sonntag über 19.000 Stimmen abgegeben, das sind insgesamt höher 60.000, so daß sich bereits die Hälfte aller Wahlberechtigten für das Volksbegehren einzeichnete. In Bremen wurden bisher 58.000 Stimmen festgestellt.

128.234 Einzeichnungen in Dresden

Bis gestern Abend haben in Dresden 128.234 Einzeichnungen stattgefunden. Damit ist die Zahl der SPD- und KPD-Wähler der letzten Wahl erreicht.
Der Andrang zu den Kassen war außerordentlich stark. Viele mußten wieder aufstehen. Insgesamt haben sich gestern 39.000 Personen eingetragen. In Striesen betrug die Einzeichnung 1000 Personen, in Neustadt 1390, am Wilhelmsplatz 1026.
In Lodwitz haben sich von 1000 Wahlberechtigten 597, in Rindern von 416 Wahlberechtigten 313 eingetragen.

Wieder weitere Demonstration in den Mittelparteien

Berlin, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Immer neue Demonstrationen und Körperkassens der Zentrum und der Demokratischen Partei sprechen sich für die Teilnahme am Volksbegehren aus. Die demokratische Montagspresse in Berlin führt den Druck der Reichsregierung, selbst für das Volksbegehren in agitieren und die Schwindelhaftigkeit der Kompromisse im Reichstag zugeben. Am Sonntagabend hat sich in Berlin eine Versammlung der Zentrumswähler nach einem Aufruf der "Germania" in einer Resolution mit sehr harter Forderung gegen den Kompromissentwurf des Reichstags ausgesprochen und für die Teilnahme an dem Volksbegehren eintrug. In Berlin treten führende Demokraten in einzelnen Parteien aus der Demokratischen Partei wegen ihres Verhaltens bei Volksbegehren aus.

Die Polizei Orzeizynffis provoziert Demonstranten

Polizeiliche Überfälle und Provokationen in Berlin.
Berlin, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Einen empfindlichen Beitrag der Geschichte der behördlichen Sabotage des Volksbegehrens haben am Sonntag die Polizeioffiziere, der sozialdemokratische Innenminister Severing, der sozialdemokratische Polizeipräsident Orzeizynffis bei ihrem polizeilichen Verhalten gegenüber den Demonstranten in Berlin geliefert. Es ist nun dem distanzierten Auftreten der Demonstranten zu verdanken, daß es nicht zu einem Blutbad gekommen ist. Auf der Leipziger Straße und dem Louise Platz schritt die Polizei in provokierender Weise gegen die Demonstranten ein. Auf der Leipziger Straße hatte sich unter Führung des Roten Frontkämpfer-Bundes eine riesige Demonstration gebildet, die fortgesetzt von der Polizei provoziert wurde. Es wurde ohne jeden Grund eine Verhaftung vorgenommen und die Demonstration, wozu sich viele Frauen und Kinder befanden, von der Polizei mit Schüssen und Knütteln auseinandergetrieben. Auf dem Louise Platz wurde sogar die Verhaftung von Kindern vorgenommen und die Demonstration ohne Grund auseinandergetrieben. Die polizeilichen Provokationen werden von zahlreichen unbeteiligten Bürgern beklagt. Selbst der bürgerliche "Montag Morgen" beklagt unter dem Titel "Die Demonstrationen" die Verhaftung

Vor einer Kapitulation in Genf

Genf, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Laufe des Sonntags fanden weitere Verhandlungen statt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß eine Kapitulation Luthers und Stresemanns vor Chamberlain und Briand bevorsteht. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich noch im Laufe des Montags eine Erklärung abgeben, der zufolge sie auf den Arbeiten eines Ausschusses, der die Ansprüche Polens auf einen händlichen Ratifizierung im Völkerbund unterliegen soll, legal mitarbeiten will. Dieser Ausschuss soll mit der Einwilligung der deutschen Delegation ihre Mitglieder dem Völkerbundrat mit auf den Weg bekommen, in denen die Erklärung des Ratifizierung an Polen zwar nicht unbedingt ausgesprochen, aber dazu entsprechende Richtlinien gegeben sind. Die Völkerbundratung des Völkerbundrates hat nach erfolgtem Kompromiß wahrscheinlich auch schon die feierliche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschlossen.

Neue Tagung der linken Sozialdemokraten

Aus den Leipziger "Neuesten Nachrichten" kann man erfahren, daß die Linken beabsichtigen, demnächst die Landesinstitute zusammenzubringen. Angehängt wollen sie vom Parteivorstand einen Ausschuss der Rechte verlangen. Der Ausschuss der Linken bedeutet das Eingehändnis, daß ihre Schwäche und schwankende Haltung auf dem Landesparteitag zu einer Erneuerung geführt hat. Er ist eine starke Unterbrechung des Bankrotts der Antragspolitik. Jetzt hoffen die Linken wieder auf den Parteivorstand. Auch diese Hoffnung wird wieder zerfallen sein. Der Landesvorstand wird die "bewährten" Führer nicht herausnehmen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen haben die Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitern gezeigt, daß, solange die Rechte in ihren Reihen, sie dauernd gelagert, daß, solange die Rechte in ihren Reihen, sie dauernd Niederlagen erleiden werden, und daß viele Niederlagen aus der schwankenden und feigen Haltung der Linken entstehen. An der schwankenden und feigen Haltung der Linken entstehen zu den SPD-Arbeitern liegt es, eine wirkliche Entscheidung zu treffen. Nicht Schluß mit Selbst und Verrot. Schmeißt die 22 endgültig heraus. Zumindest den Parteivorstand, nur dann

Weg mit Luther

Der Zwischenfall in der Reichstagskammer vom 12. März, der zu einem deutschnationalen Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister Kütz führte, hat nur erneut gezeigt, welche schwere Gefahr die Errichtung des Luther-Kabinetts für die ganze werktätige Bevölkerung bedeutet. Wegen angeblicher Verleumdung des Reichsleiters von Doorn haben die Abgeordneten der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, sowie die rechten Zentrumsführer eine gemeinsame Entlastungskommission ausgesöhlet. Die ausschlaggebenden Regierungsparteien betrachten also eine zähe Bemerkung gegen den Exkaiser bereits als Störung der vom Gesamtkabinet aktiv verfolgten Diktatorpläne. Der wütende Protest gegen die schwächliche Oppositionsregung des Reichsinnenministers hat nur gezeigt, wie sehr die monarchistischen Parteien bereits mit dem Feuer eines konterrevolutionären Staatsstreiches spielen.

Nichts wäre falscher, als wenn man die Ministerschaft des Demokraten Kütz als Sicherheit gegen die monarchistischen Diktatorpläne betrachten wollte, wie es der "Vorwärts" tut. Kütz hat nach dem Angriff der Monarchisten sofort den Rückzug angetreten. Um die Deutschnationalen zu beschwichtigen, hat er in der letzten Reichstagskammer die wütendsten und verlogensten Angriffe gegen die Kommunisten gerichtet. Kütz ist alles andere als ein Republikaner. Er bereitet selbst einen Wahlschwindel zugunsten der werktätigen Bevölkerung vor. Er kennt die vom Deutschnationalen Dr. Brandt enthaltenen Diktatorpläne der Mehrheit des Reichskabinetts, ohne daß er ihnen irgendwie Hindernisse in den Weg legen würde. Ja, in dieser Zeit, wo die monarchistischen Parteien stierhaft die Reorganisation ihrer illegalen Bürgerkriegsformationen betreiben, stellt sich Kütz schützend vor die Geldgeber und Hintermänner der Fememörder von der Schwarzen Reichsmehr. Kütz hat dem Vertreter des Reichsinnenministeriums die Erlaubnis zur Aussage vor dem preussischen Fememörder verweigert und damit die Hintermänner der Schwarzen Reichsmehr gedeckt. Gegen die tolle antisemitische Sabotage des Volksbegehrens hat Kütz außer der Verleumdung wirkungsloser Ermahnungen und Wünsche nichts getan. Sogar die sozialdemokratische "Leipziger Volkszeitung" schreibt am 11. März zum Fall Kütz:

"Genosse Collmann erklärte mit vollem Recht, daß der einzige erreichbare Programmpunkt des Herrn Dr. Kütz aus seiner Rede im Hauptausgang des Reichstags, seine Nicht-Intention für das Verhalten der Beamten, bereits klar abgelehnt vor das Plenum gekommen sei. Auch sonst war das Programm des Innenministers nichts anderes, als ein buntes Buffet von allerlei Nebelworte. Er sprach viel von Ethik und Staatsmoral, vernahm das mit mehr oder weniger schönen literarischen Prosaen, und das Ganze nennt sich die Rede des demokratischen Innenministers, der freilich seinen Brüdern von rechts kaum zur Genüge werden dürfte. Wie konnte das auch anders sein? Würde Dr. Kütz als wirklicher Demokrat im zweiten Kabinet Luther tätig sein, dann müßte das neue Kabinet ohne weiteres auseinanderbrechen."

Die "Leipziger Volkszeitung" sagt mit vollem Recht, daß Kütz für die Monarchisten im Luther-Kabinet keine Gefahr bildet. Eike um so größere Gefahr bedeutet er als demokratische Kutsche dieses Kabinetts für die Arbeiterklasse. Es wird darum der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Gelegenheit gegeben werden, die Folgerungen aus den Ausführungen der "Leipziger Volkszeitung" zu ziehen.

Dieses Kabinet Luther muß gestürzt werden. Verdient schon der "Infinite" Minister dieses Kabinetts, der Reichsinnenminister Kütz, für seinen Mangel Vertrauen, so bilden die Luther, Stresemann, Geiler, Curtius, Brauns und Marx die schwerste Gefahr für die werktätige Bevölkerung.

Trotz der Bitte des "Vorwärts" hat der Reichstagsleiter Luther die vom Deutschnationalen Dr. Brandt enthaltenen Staatsstreikpläne nicht abgelehnt. Geiler ist der wütendste Vertreter der Schwarzen Reichsmehr. Der Reichsjustizminister Marx hat nicht nur gegen keine einzige der entlarsten Mordorganisationen die Justiz in Bewegung gesetzt, sondern läßt trotz der Entlarzung des Untersuchungsrichters Jürgen als Falscher die ungeschuldigen Opfer der Jürgen-Justiz im Zuchthaus. Der Reichsarbeitsminister Brauns geht aufs rigoroseste gegen die Erwerbslosen und Sozialrentner vor, er gibt im Einverständnis mit den Unternehmern den Schlichtungsinstanzen die Anweisung, statt Lohnverhöhung Schiedsprüche für Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu fällen. Das ganze Kabinet treibt die reaktionäre Schärfermachepolitik gegen die arbeitende Klasse. Gegen die Erwerbslosen, gegen die völlig entrechteten Eisenbahner, gegen die Kleinbauern werden Panzerwagen und besondere Polizeiformationen eingesetzt.

Die sozialdemokratischen Führer haben bisher dieses Kabinet unter dem Vorwand gestützt, daß sie mit seiner Außenpolitik einverstanden seien. Die westpolnischen Vorgänge beweisen heute, daß Loano nur die Vorberedung